



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/5519

04. November 2025

Regionen unter Druck – AdR warnt vor Bruchstellen im EU-Modell

Die jüngste Plenarsitzung des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) in Brüssel stand ganz im Zeichen politischer Grundsatzfragen: Wie bleibt Europa sozial gerecht, demokratisch legitimiert und territorial ausgewogen – auch nach 2027?

Im Zentrum stand der neue Bericht State of Regions and Cities, der eine Reihe besorgniserregender Entwicklungen offenlegt: Über 93 Millionen Menschen in der EU sind von Armut oder Ausgrenzung bedroht. Die Energiearmut nimmt zu, die Wohnungsnot verschärft sich, und zwei Drittel aller Regionen rechnen bis 2050 mit einem Bevölkerungsrückgang. Ländliche Räume stehen besonders unter Druck – auch in Schleswig-Holstein.

Wir brauchen eine Kohäsionspolitik, die nicht nach Gießkanne verteilt, sondern gezielt soziale und ökologische Ungleichgewichte ausgleicht – gerade in strukturschwächeren Regionen wie dem nördlichen Schleswig-Holstein.“

— MdL Eka von Kalben, Mitglied im Ausschuss der Regionen

Zukunft der Kohäsionspolitik: Warnung vor Zentralisierung

Ein zentraler Punkt der Debatten war die geplante Reform des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) ab 2028. Der AdR kritisiert den Vorschlag der Europäischen Kommission scharf: Die geplante Zusammenlegung von Kohäsions-, Agrar-, Fischerei- und Migrationsmitteln in einem nationalen Topf würde Regionen, Kommunen und landwirtschaftliche Betriebe gegeneinander ausspielen und ihre Steuerungskompetenzen drastisch einschränken. Die parlamentarische Kontrolle – etwa durch das Europäische Parlament oder die Landtage – wäre stark begrenzt.

Die Kohäsionspolitik müsse vor Ort bleiben, mit gesicherter Beteiligung aller Gebietskategorien – von strukturschwachen bis hochentwickelten Regionen. Sie ist nicht nur ein Finanzierungsinstrument, sondern Grundpfeiler für sozialen Ausgleich, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und demokratische Legitimation. Der AdR fordert daher eine vollständige Überarbeitung des Haushaltsvorschlags und kündigte an, im Frühjahr 2026 eine eigene Stellungnahme zum MFR vorzulegen.

Ein starkes Signal kam auch aus dem Umfeld der [#CohesionAlliance](#), einer europaweiten Koalition aus Regionen, Städten, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Verbänden. In einer symbolischen Aktion vor dem Europäischen Parlament forderten Vertreterinnen und Vertreter des AdR, des Parlaments und der kommunalen Spitzenverbände eine klare Absage an die Zentralisierung. In einem Sieben-Punkte-Papier heißt es, dass die Bündelung von Kohäsionspolitik mit anderen Politikfeldern wie Landwirtschaft oder Verteidigung „die territoriale Architektur der EU beschädige“ und die Verantwortung der Regionen aushebele.

Gefordert wird stattdessen ein europäischer Zusammenhalt, der sich nicht an Budgetlogiken, sondern an demokratischer Teilhabe, regionaler Verantwortung und konkreten Herausforderungen vor Ort orientiert.

Migration: Stellungnahme zur Rückführung scheitert überraschend

Für Aufmerksamkeit sorgte auch die Debatte um die geplante Stellungnahme zur Rückführungspolitik der EU. Die Kommission hatte im Frühjahr einen Vorschlag für ein gemeinsames Rückführungssystem für Drittstaatsangehörige vorgelegt. [Im AdR lag dazu ein Entwurf der Berichterstatterin Karin Müller \(DE/EPP\) vor, der unter anderem Verschärfungen beim Rückführungsmanagement vorsah.](#)

In der Plenarsitzung konnte jedoch keine Mehrheit für die Stellungnahme gefunden werden – ein äußerst seltener Vorgang in der AdR-Praxis, der die Spannungen im Bereich der europäischen Migrationspolitik auch auf regionaler Ebene sichtbar machte.

Soziale Rechte, Armutsbekämpfung und Qualifikationen zusammendenken

Mit Blick auf die geplante EU-Anti-Armutsstrategie und die Union of Skills Strategy hat der AdR klare Erwartungen formuliert: Es brauche eine Sozialpolitik, die nicht nur Armut lindert, sondern nachhaltig beseitigt – mit armutsfesten Mindestsicherungssystemen, Investitionen in sozialen Wohnraum, gezielten Maßnahmen für vulnerable Gruppen und EU-Programmen, die einfach zugänglich und lokal umsetzbar sind.

Die Union of Skills, eingeführt im Frühjahr 2025, soll der schrumpfenden Erwerbsbevölkerung, digitalen Defiziten und steigenden Qualifikationslücken begegnen. Der AdR fordert mehr Investitionen in berufliche Bildung, digitale Infrastruktur und regionale Qualifikationsökosysteme – insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Räumen. Lokale und regionale Behörden müssten hier als gleichwertige Partner agieren, nicht als bloße Umsetzer zentraler Vorgaben.

Sicherheit und Resilienz: Verteidigung beginnt in den Regionen

Mit Blick auf die [European Defence Readiness 2030](#) betonte der AdR die Rolle der Regionen für die Sicherheitsarchitektur Europas. Resilienz entstehe nicht allein durch militärische Aufrüstung, sondern durch vorausschauende Planung vor Ort – etwa beim Schutz kritischer Infrastruktur, dem Aufbau dual-use-Cluster oder der Cybersicherheit.

Die Kohäsionspolitik müsse sicherheitsrelevante Investitionen ergänzen können, etwa durch die Förderung regionaler Innovationsnetzwerke. Der AdR fordert einen klaren Finanzrahmen über das Jahr 2029 hinaus und neue Eigenmittel, um Sicherheitsinvestitionen langfristig tragfähig abzusichern.